

V0289/23

Beauftragung eines Sicherheitsdienstes in der Gemeinschaftsunterkunft Am Franziskanerwasser 11, 11a, 11b, 17, 17a (städtische Obdachlosenunterkunft)
(Referent: Herr Fischer)

Antrag:

1. Zur Erhöhung der Sicherheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinschaftsunterkunft „Am Franziskanerwasser 11, 11a, 11b, 17, 17a“ wird ein Sicherheitsdienst rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr beauftragt. Während der Arbeitszeit (07.00-16.00 Uhr) von städt. Mitarbeitern ist ein Security-Mitarbeiter einzusetzen. Außerhalb der regulären Dienstzeiten sollen zwei Security-Mitarbeiter im Einsatz sein. Eine Evaluierung der Maßnahme erfolgt nach Ablauf von drei Jahren.
2. Die geschätzten jährlichen Gesamtkosten in Höhe von 415.000 € werden für den Haushalt 2024 ff. angemeldet.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	29.06.2023	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	11.07.2023	Vorberatung
Stadtrat	25.07.2023	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 11.07.2023

Stadtrat Wittmann berichtet, dass er letzte Woche zusammen mit Stadtrat Deiser die Obdachlosenunterkunft besucht habe und mit dem Vertreter des Sozialamtes und auch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern gesprochen habe. Insbesondere die Situation in der Nacht sei nur schwer in den Griff zu bekommen, da keine städtischen Mitarbeiter mehr vor Ort seien. Es gebe dort ein sogenanntes Durchgangszimmer, in dem sämtliche Personen unterschiedlichster Nationalitäten einquartiert würden, die abends dort kurzfristig ankommen. Diese Situation sei schwierig zu händeln. Daher bedürfe es der Security in der Nacht, auch wenn die Kosten von 415.000 Euro pro Jahr sehr hoch seien. Zumal davon auszugehen sei, dass diese nicht nur temporär, sondern dauerhaft eingesetzt werden müssten. Grundsätzlich würde er der Vorlage zustimmen, auch wenn er darum bitte, eine Gegenfinanzierung innerhalb der Verwaltung zu suchen. Beispielsweise durch Einsparung von anderen nicht zwingend notwendigen Sicherheitskräften, da die Ausgaben von 900.000 Euro hierfür - ohne Feste und Veranstaltungen - im letzten Jahr relativ hoch erschienen. Er habe vor Ort auch erfahren, dass es aktuell kein WLAN gebe, dies aber im Notfall wichtig sei. Daher bitte er um baldige Einrichtung einer solchen Verbindung, so Stadtrat Wittmann.

Stadtrat Stachel könne sich den Aussagen von Stadtrat Wittmann anschließen. Auch wenn die Kosten hoch seien, gebe es doch keine andere Alternative. Er bitte darum, die Verträge eher für eine kürzere Dauer abzuschließen sowie die täglichen Vorkommnisse zu evaluieren und dem Stadtrat vorzulegen, um eine bessere Vorstellung über die Problematik zu

bekommen. Er wirft die Frage in den Raum, ob vielleicht ein Alkoholverbot in den städtischen Räumlichkeiten sinnvoll sei, dies könne sich möglicherweise positiv auf die Situation vor Ort auswirken.

Stadtrat Grob befürworte auch aus seinen polizeilichen Erfahrungen mit der Unterkunft den Einsatz eines Security-Dienstes. Er denke, dass es dort eine große Dunkelziffer an Delikten gebe, insbesondere körperliche Übergriffe, auch sexuelle Übergriffe an Frauen, die nicht zur Anzeige kommen. Durch eine erhöhte Präsenz könne der allgemeinen kriminogenen Situation, vor allem in den Abend- und Nachtstunden, entgegengewirkt werden.

Stadtrat De Lapuente könne sich zur Verminderung der Kosten vorstellen zu versuchen, nur einen statt zwei Security-Kräften in der Nacht einzusetzen. Es sei auch zu bedenken, dass der Sicherheitsdienst nur sinnvoll sei, wenn er mit dem Klientel entsprechend umgehen könne. In den Ankerzentren habe es deswegen nämlich noch mehr Probleme gegeben.

Stadtrat Schäuble betont, dass er dem Antrag nur mit einem schlechten Gefühl zustimmen könne, da der Einsatz von Sicherheitspersonal die letzte Lösung nach allen Präventionsmaßnahmen sei und das Geld im sozialen Bereich normalerweise besser genutzt werden sollte. Er sei sicher, dass die Verwaltung alles tun werde, die Situation mit geeigneten Maßnahmen, wie baulichen Veränderungen, bestmöglich zu entschärfen, sodass der Security-Dienst nur vorübergehend gebraucht werde.

Herr Fischer erklärt sich bereit, den Antrag dahingehend zu verändern, dass der Auftrag nur für ein Jahr vergeben und danach eine Evaluation durchgeführt werde. Wie Stadtrat Grob sei auch er der Überzeugung, dass es außer den bekannten Polizeieinsätzen weitere unbekannte Delikte der Körperverletzung oder des Diebstahls gebe, daher sei der Bedarf an mehr Sicherheit wirklich gegeben. Bezüglich der geforderten Einsparmöglichkeit durch die Streichung anderer Sicherheitsdienste könne er keine konkrete Aussage treffen, da dies erst referatsübergreifend beraten werde müsse.

Der Bitte nach der Einrichtung des WLANs werde er sich annehmen, möchte aber klarstellen, dass nur kleiner Teil der Obdachlosen über ein Smartphone verfüge.

Zum Thema des Alkoholverbots sei zu sagen, dass sich dieses in der Praxis nahezu nicht umsetzen lasse, da häufig Suchterkrankungen vorlägen, so der Sozialreferent.

Stadtrat Wittmann möchte klarstellen, dass man in der Wohnanlage tagsüber keine Angst vor Übergriffen haben müsse. Er habe dort sehr vernünftige Gespräche führen können, die das bestätigt hätten. Anders sehe die Situation aber in den Nachtstunden aus. Er fände es hilfreich, wenn eine Polizeistreife täglich vor Ort wäre, um den Bewohnern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln. Gestern habe er sich mit zwei Damen der Sicherheitswacht unterhalten, die sich über zu wenig Wertschätzung beklagt hätten. Da vom Freistaat dafür kein Geld zur Verfügung stehe, hätten sie ihre Arbeitshosen nun privat beschaffen müssen. Vielleicht könne die Stadt hier tätig werden, da es sich wohl nur um wenige tausend Euro handeln würde. Neben der Polizei könnte eben auch der Sicherheitsdienst, gegebenenfalls mit erhöhter Vergütung, in der Obdachlosenunterbringungen ein- bis zweimal täglich Streife laufen. Dadurch könne möglicherweise die Security tagsüber eingespart werden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf drückt seine Wertschätzung gegenüber allen Personen, die sich um die Sicherheit der Bevölkerung kümmern, aus. Von einer Kostenübernahme der Arbeitskleidung des Sicherheitsdienstes rate er ab, da hierfür der Freistaat zuständig sei. Er sei selbst vor einiger Zeit am Franziskanerwasser gewesen und könne den Eindruck von Stadtrat Wittmann bestätigen. Er habe kein unsicheres Gefühl gehabt, jedoch kenne er auch die erschreckenden Fotos vom Sozialamt.

Stadtrat Höbusch greift das Thema der Gegenfinanzierung auf. Er hätte die Bitte, dass dem Stadtrat eine Übersicht über die Securitykosten sämtlicher Veranstaltungen und Feste dargelegt werde.

Herr Engert erklärt, dass hierfür das Kulturamt der richtige Ansprechpartner sei. Die von Stadtrat Wittmann angesprochenen 900.000 Euro beinhalteten aber eben nicht die kulturellen Veranstaltungen. Bei diesen gebe es ein Sicherheitskonzept, bei dem in Abstimmung mit der Polizei genau festgelegt werde, wie viel Sicherheitspersonal nötig sei. Eine Reduzierung sei daher nicht möglich. Grundsätzlich könne er aber gerne einen Bericht abgeben.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet, **mit der Maßgabe, die Beauftragung des Sicherheitsdienstes vorerst nur für ein Jahr zu vergeben.**